

06.10.2022

Kleine Anfrage 520

der Abgeordneten Dr. Dennis Maelzer und Thorsten Klute SPD

Wie reagiert die Landesregierung auf den Brandbrief der AG 78 der Jugendämter im Kreis Gütersloh?

Die Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Träger nach § 78 (AG 78) der drei Jugendämter Kreis Gütersloh, Stadt Verl und Rheda-Wiedenbrück hatte der Landesregierung ein auf den 12. September 2022 datiertes und als Brandbrief bezeichnetes Schreiben geschickt. Am 4. Oktober wurde dieser Brief per E-Mail dem Abgeordneten Klute aus dem Kreis Gütersloh übermittelt.

Als Träger von Kindertageseinrichtungen macht die Arbeitsgemeinschaft 78 im Kreis Gütersloh auf die immer schwieriger werdende Situation in ihren Kitas aufmerksam. Die Personallage in den Kitas sei äußerst schwierig. Die bisherigen bundes- und landespolitischen Maßnahmen wie die Veränderung der Personalverordnung und eine Fachkräfteoffensive hätten nicht den erforderlichen zeitnahen Zuwachs an Fach- und Ergänzungskräften in den Kitas gebracht. In den Kitas geleistete Bildungs- und Betreuungsarbeit sei systemrelevant. Müsse die Kinderbetreuung ausfallen oder reduziert werden, stünden Eltern ihren Arbeitgebern und dem Arbeitsmarkt oftmals nicht zur Verfügung, was entsprechende wirtschaftliche Folgen habe.

In den Kitas und in der Jugendhilfe insgesamt nehme der Bedarf an Begleitung, Beratung und Betreuung der Familien zu. Die Anzahl von Kindern mit Integrationsbedarf steige durch Zuzüge (Arbeitsmigration, Ukraine) und durch drohende Behinderung. Der Kinderschutz erfordere viel und gutes Personal in den Kitas. Immer häufiger könnten die Jugendämter den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nicht erfüllen.

Zudem fordern die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Brandbriefs, dass die Kita-Träger und die Kindertagespflegepersonen eine auskömmliche Finanzierung der Betriebskosten erhalten, v.a. hinsichtlich der befürchteten Gasmangellage und der steigenden Energiekosten. Auch Familien seien durch die drohende Gasmangellage belastet. Die Arbeitsgemeinschaft 78 fordert daher von der Landesregierung u.a., dass kurzfristig personelle Veränderungen für die Kitas ermöglicht werden, damit sie in unserer Gesellschaft systemstabilisierend wirken können.

In dem Schreiben heißt es auch, dass die Verfasserinnen und Verfasser des Brandbriefs bereits am 22. November 2021 einen Brief mit ähnlichem Anliegen an die Landesregierung geschickt haben, dieser Brief aber unbeantwortet blieb.

Die Unterzeichnenden dieser Kleinen Anfrage weisen vor dem Hintergrund des Brandbriefs aus dem Kreis Gütersloh darauf hin, dass in der Plenarsitzung vom 30. September 2022 die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU und Grünen Energiekostenzuschüsse für Kitas mit Verweis auf § 37 KiBiz abgelehnt hatten. Auch ein Vorziehen der Kindpauschalen-Anpassung und eine Unterstützung der Kindertagespflege wurden abgelehnt.

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Wie reagiert die Landesregierung auf den Brandbrief der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Träger nach §78 (AG 78) der drei Jugendämter Kreis Gütersloh, Stadt Verl und Rheda-Wiedenbrück?
2. Bis wann will die Landesregierung den dramatischen Fachkräftemangel in den Kitas in NRW behoben haben?
3. Wie will die Landesregierung Kitas und Kindertagespflege von den gestiegenen Energiekosten entlasten?
4. In welchen Jugendamtsbezirken in NRW treten die von der AG 78 benannten Probleme bei der Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz auf?
5. Warum hatte die Landesregierung nicht auf den ersten Brief der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Träger nach § 78 (AG 78) der drei Jugendämter Kreis Gütersloh, Stadt Verl und Rheda-Wiedenbrück reagiert?

Dr. Dennis Maelzer
Thorsten Klute